



HESSISCHER LANDTAG

Berichts Antrag

der Abgeordneten Sarah Sorge, Angela Dorn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) und Fraktion

betreffend Hochschulpakt 2020 zwischen Bund und Ländern

Die erste Programmphase (2007-2010) des Hochschulpakts 2020 zwischen Bund und Ländern zur Schaffung von Studienplätzen für bundesweit insgesamt 91.370 zusätzliche Studienanfängerinnen und -anfänger ist mit dem 31. Dezember 2010 ausgelaufen. Grundlage des Pakts ist, dass rechnerisch 22.000 Euro je zusätzlicher Studienanfängerin bzw. zusätzlichem Studienanfänger verteilt auf vier Jahre vom Bund und den Ländern gemeinsam bereitgestellt werden. Die Mittel werden hälftig vom Bund finanziert, Basisjahr für die zusätzlichen Plätze ist das Jahr 2005. Das Land Hessen hat sich demnach zur Schaffung 8.791 zusätzlichen Studienplätzen verpflichtet (Anlage zur Verwaltungsvereinbarung vom 5. September 2007). Darüber hinaus soll mit den Mitteln des Hochschulpakts 2020 der „Anteil von Frauen bei der Besetzung von Professuren und sonstigen Stellen“ ausgebaut werden. In der zweiten Programmphase soll ein Studienangebot für 275.420 zusätzliche Studienanfängerinnen und -anfänger geschaffen werden. Der Bund beteiligt sich hälftig an den vereinbarten 26.000 Euro pro zusätzlichem Studienplatz.

Zudem wurde vereinbart, dass die „die Gesamtzahl von 91.370 überschreitenden zusätzlichen Studienanfänger des Jahres 2010 [...] in die Abrechnung einbezogen“ werden und dass hierfür die „für die erste Programmphase vereinbarten Regelungen“ gelten. Die „Ansprüche aus Mehr- und Minderleistungen der Länder werden jahresgerecht mit den Ansprüchen aus der Abrechnung der zweiten Programmphase in den Jahren 2011-2013 verrechnet“ (Artikel 1, § 3 der Verwaltungsvereinbarung über die zweite Programmphase).

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird ersucht, im Ausschuss für Wissenschaft und Kunst

über folgenden Gegenstand zu berichten:

1. Hat das Land Hessen die für die erste Phase des Hochschulpaktes 2020 vereinbarten 8.791 zusätzlichen Studienanfängerplätze geschaffen und in welchen Jahren hat dieser Aufwuchs stattgefunden? (Bitte aufgeschlüsselt nach einzelnen Hochschulen und Jahren)
2. Wie viele Bundesmittel wurden hierfür beantragt und welchen Betrag hat das Land Hessen hierfür erhalten und selbst bereitgestellt?
3. Sind die Hochschulpakt 2020-Mittel des Bundes und des Landes vollständig an die Hochschulen weitergegeben worden?
4. Wurden darüber hinaus weitere zusätzliche Studienanfängerplätze geschaffen und wenn ja, wie viele und in welchen Jahren hat dieser Aufwuchs stattgefunden?

5. Wurden oder werden für diesen Fall auch für die tatsächlich erzielten, über die Vereinbarung der erste Phase hinausgehenden zusätzlichen Studienanfängerplätze Bundesmittel beantragt, wie dies nach der Verwaltungsvereinbarung für die zweite Phase möglich ist?
6. Wenn ja, um wie hohe Bundesmittel und um einen wie hohen Eigenanteil des Landes Hessen handelt es sich hierbei?
7. Wenn nein, aus welchem Grund wurden die Mittel nicht beantragt und in welcher Höhe hätten Mittel beantragt werden können?
8. Wie verteilt sich die Zahl der zusätzlichen geschaffenen über den Hochschulpakt 2020 finanzierten Studienanfängerplätze auf die Hochschulen sowie auf die verschiedenen jeweiligen Cluster?
9. Wurde der Anteil von Frauen bei der Besetzung von Professuren und sonstigen Stellen in der Zeit der ersten Phase erhöht und in welchen Gehaltsgruppen in dies geschehen?
10. Welche Anreize hat es hierfür gegeben und in welcher Form und Höhe wurden hierfür die Mittel des Pakts eingesetzt?
11. Wie viele zusätzliche Studienanfängerplätze sollen in der zweiten Phase des Pakts an hessischen Hochschulen geschaffen werden?
12. Mit wie vielen zusätzlichen Studienanfängerinnen und -anfängern rechnet das Land Hessen aufgrund der Aussetzung von Wehr- und Zivildienst in welchen Jahren?
13. Wie weit sind die Planungen für die Verwendung der zusätzlichen Mittel bezüglich der Aussetzung des Wehr- und Zivildienstes fortgeschritten?
14. Für wie viele zusätzliche Studienplätze werden zusätzliche Mittel bereitgestellt und werden diese Mittel nachträglich oder als Vorwegzahlungen an die Hochschulen ausgezahlt werden?

Wiesbaden, den 4. März 2011

**Der Fraktionsgeschäftsführer:
Mathias Wagner**

Angela Dorn, MdL

Sarah Sorge, MdL

Eingegangen am

Ausgegeben am